Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/11154

23. 06. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Uschi Eid, Wolfgang Schmitt (Langenfeld) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/10964 –

Friedliche Beilegung des Konfliktes zwischen Eritrea und Äthiopien

A. Problem

Angesichts der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Eritrea und Äthiopien wird an beide Konfliktparteien appelliert, ihrer Verantwortung für Frieden und Stabilität gerecht zu werden und den Konflikt auf friedlichem Wege beizulegen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sowohl bilateral wie im Rahmen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen auf eine Beendigung der Feindseligkeiten hinzuwirken und die Bemühungen der Vermittlerkommission der OAU zu unterstützen.

B. Lösung

Annahme des Antrages in einer interfraktionell geänderten Fassung.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 13/10964 – in folgender interfraktioneller Fassung der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. anzunehmen:

„Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eingedenk der Tatsachen,

- daß die eritreische und tigrayische Volksbefreiungsbewegung in der Zeit der gemeinsamen Opposition gegen eine der blutigsten Diktaturen auf dem afrikanischen Kontinent, das Mengistu-Regime, viele Jahre enge freundschaftliche Beziehungen pflegten,
- daß das eritreische Volk in beeindruckender Weise seinen Willen zur Unabhängigkeit seines Landes von Äthiopien in dem Referendum von 1993 durch einen demokratischen Akt manifestierte,
- daß die äthiopische Regierung sich der Unabhängigkeit Eritreas nicht widersetzte, trotz erheblichen Widerstandes innerhalb Äthiopiens aufgrund der Tatsache, daß Äthiopien dadurch den direkten Zugang zum Roten Meer verliert,
- daß der politische Neuanfang in Eritrea und Äthiopien Hoffnung für eine neue Generation afrikanischer Politiker war, deren Ziel es ist, die Politik so zu gestalten, daß sie zum Wohle der eigenen armen Bevölkerung dient,
- daß beide Staaten seit der Unabhängigkeit Eritreas die Freundschaft zwischen den beiden Ländern und Völkern trotz eines dreißigjährigen Krieges zu erneuern und zu festigen versucht haben,
- daß ein bis dahin nicht öffentlich bekannter Grenzkonflikt in einen militärischen Konflikt eskalierte und viele Männer, Frauen und Kinder dadurch bereits ihr Leben verloren haben,

appelliert der Deutsche Bundestag an die beiden Konfliktparteien,

- das Moratorium bei den Luftangriffen einzuhalten und einen offiziellen umfassenden Waffenstillstand zu erklären,
- die Bemühungen internationaler Vermittler ernst zu nehmen,
- selbst deeskalierende Schritte einzuleiten,
- den Nationalismus in der eigenen Bevölkerung zu dämpfen und zu Toleranz gegenüber Staatsbürgern des Nachbarlandes aktiv aufzufordern,
- die Ressourcen nicht in kriegerischen Kampfhandlungen zu vernichten, sondern sie zur Entwicklung des Landes und

Verbesserung der Lebenschancen der armen Bevölkerung einzusetzen,

- ihrer Verantwortung für die Stabilität und den Frieden am Horn von Afrika gerecht zu werden,
- in Zukunft Konflikte nicht geheimzuhalten, sondern sie im Lichte der Öffentlichkeit im eigenen Lande zu behandeln und die Bevölkerung sowie gesellschaftlich wichtige Organe an den Diskussions- und Lösungsprozessen teilhaben zu lassen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- bilateral und multilateral, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union ihren Einfluß auf die beiden mit der Bundesrepublik befreundeten Länder dahin gehend geltend zu machen, daß diese ihre Feindseligkeiten gegeneinander beenden und Mechanismen für friedliche Konfliktlösungen einrichten,
- die internationalen Vermittlungsbemühungen, insbesondere der Organisation für Afrikanische Einheit, die auf der Vermittlung der USA und Ruandas aufbauen und auch durch Italien flankiert werden, insbesondere im Rahmen der Europäischen Union uneingeschränkt zu unterstützen."

Bonn, den 23. Juni 1998

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues
Vorsitzender

Alois Graf von Waldburg-Zeil
Berichterstatter

Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Berichterstatter

Gerd Poppe
Berichterstatter

Ulrich Irmer
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Alois Graf von Waldburg-Zeil, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Gerd Poppe und Ulrich Irmer

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 241. Sitzung am 18. Juni 1998 den **Antrag** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 13/10964** an den Auswärtigen Ausschuß zur federführenden Beratung und den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II.

In seiner Sitzung am 23. Juni 1998 hat der mitberatende **Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** den Antrag auf Drucksache 13/10964 beraten und empfohlen, ihn in einer interfraktionell geänderten Fassung einstimmig anzunehmen.

III.

Am 23. Juni 1998 in seiner 92. Sitzung beschloß der federführende **Auswärtige Ausschuß**, den Antrag auf Drucksache 13/10964 in der interfraktionell geänderten Fassung anzunehmen. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

Bonn, den 23. Juni 1998

Alois Graf von Waldburg-Zeil	**Karsten D. Voigt (Frankfurt)**	**Gerd Poppe**	**Ulrich Irmer**
Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333